

## „Soziale Sicherheit statt Aufrüstung“

Mit der Einleitung eines Friedensvolksbegehrens stellen Friedensgruppen der EU-Militarisierung eine friedenspolitische Alternative entgegen.

Das „Volksbegehren für Friedenspolitik durch aktive Neutralität statt NATO-Anbindung und Beteiligung an einer EU-Armee“ setzt sich mit den politischen Handlungsspielräumen österreichischer Außenpolitik auseinander.

Es geht darum, die Regierung dazu zu verpflichten, im Wechselspiel der ökonomischen Interessen von Großmächten wie der USA und der EU eine aktiv neutrale Haltung zu entwickeln, sich nicht an der zunehmenden Militarisierung der reichen Länder des Nordens gegen den wirtschaftlich benachteiligten Süden zu beteiligen, sondern einen Weg des Dialoges und der friedlichen Konfliktregelung zu suchen. Wir können auf keine verlässlichen Verbündeten in den Führungen der Parlamentsparteien zurückgreifen, die große Gefahr besteht darin, dass im Zuge der Bundesstaatsreform und der Implementierung der Ergebnisse des EU-Konvents in

die Bundesverfassung die Neutralität zur Gänze entsorgt wird: Alle Vertreter Österreichs im EU-Konvent unterstützen den sicherheitspolitischen Teil des Entwurfs für eine EU-Verfassung, der unter anderem eine Aufrüstungsverpflichtung für alle Mitgliedsstaaten, eine globale militärische Interventionsermächtigung für die EU-Streitkräfte, eine militärische Beistandsverpflichtung im Fall der „Terrorismusbekämpfung“, und die Herausbildung eines militarisierten Kerneuropas beinhaltet. Auch die ökonomische Komponente findet ihre Entsprechung in den Aufgaben der EU-Außen- und Sicherheitspolitik, die unter anderem dem Abbau von Beschränkungen des internationalen Handels dienen soll. Die Rücknahme der staatlichen Grundversorgung, Privatisierung, Liberalisierung und Deregulierung dominieren die wirtschaftliche Entwicklung, die politisch nachvollzogen wird. Sozialer Friede ist kein politisches Ziel mehr, damit einhergehend reagieren Staaten mit verstärkter Repressionspolitik, die sich an den Ausgaben für Militär- und Polizeiapparate ablesen lässt. Indizien finden sich etwa, wenn die europäischen Rüstungskonzerne verantwortliche PolitikerInnen, Wirtschaftstreibende und MedienvertreterInnen im Rahmen eines WEF-Treffens dazu drängen, für mehr Rüstungsaufträge zu sorgen. Neutralität als einseitiger Verzicht auf die Durchsetzung ökonomischer und politischer Interessen an der Seite wirtschaftlicher Großmächte ist ein sehr konkreter Beitrag internationaler Solidarität. Die EU-Militarisierung wird in Österreich bereits nachvollzogen. Das Bundesheerbudget stieg von 2002 auf 2003 um etwa 75 Millionen Euro, die Ausgaben für Wafenanläufe steigen von 2001 bis 2004 um das Fünffache. Die Eurofighter werden bis zu 6 Milliarden Euro kosten. Der Verfassungsentwurf zur EU-Verfassung beinhaltet auch die Verpflichtung für jedes EU-Mitgliedsland seine Rüstungskapazitäten kontinuierlich aufzustocken. Zu den Vorgaben für die Bundesheerreform

zählen die Berücksichtigung der verteidigungspolitischen Aspekte der EU-Verfassung sowie die Berücksichtigung des Aufbaus einer Einsatztruppe auf europäischer Ebene.

Das Friedensvolksbegehren zielt darauf ab, die verantwortlichen PolitikerInnen daran zu erinnern, dass sie einen Eid auf die Verfassung abgelegt haben. Es zielt darauf ab, die verantwortlichen PolitikerInnen daran

**Sozialer Friede ist kein politisches Ziel mehr, Staaten reagieren mit verstärkter Repressionspolitik, was sich an den Ausgaben für Militär und Polizei ablesen lässt.**

zu erinnern, dass es ihre Aufgabe ist, geltendes Recht anzuerkennen. Nicht die Beteiligung an den künftigen Verteilungskriegen der EU – bereits der bedenkliche Verfassungsartikel 23f stellt eine unzulässige Kriegsermächtigung dar – sondern die Aufrechterhaltung des neutralen Status des Landes entspricht dem Willen der Mehrheit der Bevölkerung. Durch gewaltfreie Konfliktlösungsmechanismen, seien es Friedensverhandlungen, etwa im Geiste der Mediation, sei es passiver Widerstand oder ziviler Ungehorsam, ist es gelungen, gewalttätige Strukturen im Ausmaß der Sklaverei oder des Kolonialismus zu beseitigen. Warum sollte es angesichts dieses Fortschrittes der Zivilisation, die heute Kriege als ein Übel betrachtet, nicht auch möglich sein, den Krieg abzuschaffen? Ein Land, das es sich leisten kann, eine neutrale, vermittelnde Position einzunehmen, kann dazu einen beachtlichen Beitrag leisten.

PS.: Die Unterstützungserklärungen für das Volksbegehren liegen in der Linzer Friedenswerkstatt oder in Salzburg in der Arge für Wehrdienstverweigerung und Gewaltfreiheit (Container in der ARGEkultur Salzburg, arge-wdv@gmx.net) auf.



„Noch ein Krieg? Nein danke!“ – Hausfassade auf Sardinien.